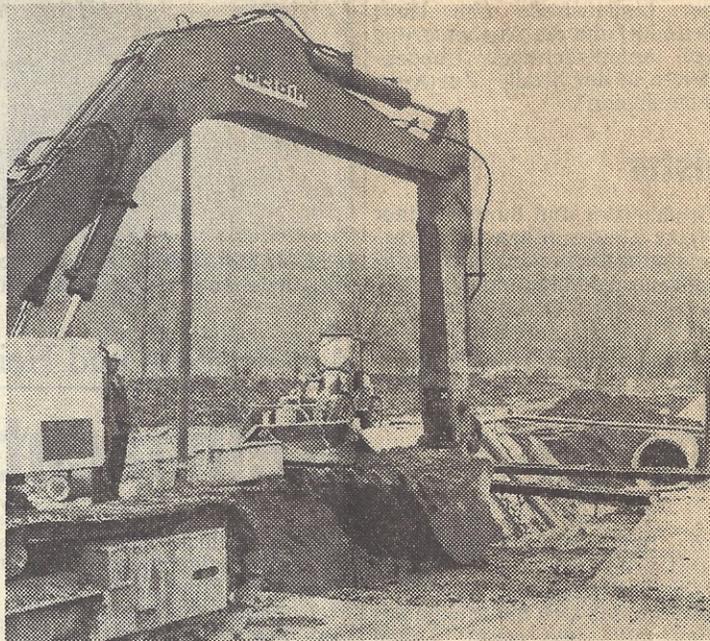


# Bürger müssen „berappen“

**Malsfeld (hro).** Angesichts der hohen Investitionen für die im Bau befindlichen oder noch geplanten Abwasserbeseitigungs-Anlagen werden die Bürger der Gemeinde Malsfeld ab dem kommenden Jahr stärker zur Kasse gebeten. Das hat das Malsfelder Parlament in seiner Sitzung am Montag einstimmig beschlossen. Somit werden die Abwassergebühren von 1,50 DM auf 2 DM je Kubikmeter und die Abwasserabgabe von 55 auf 65 Pfennige angehoben. Völlig neu ist hingegen der Kläranlagenbeitrag, der von der Gemeindevertretung auf 2 DM je Quadratmeter Grundstücksfläche bei einer zulässigen Bebauung bis zu zwei Vollgeschossen festgesetzt wurde. Ab jeden weiteren Vollgeschosß wird ein Aufschlag von 50 Pfennigen erhoben.

Die „Stunde der Wahrheit“ sei gekommen, jetzt müsse man Farbe bekennen, hatte der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Fritz-Heinz Krause, bereits eingangs der Beratungen angekündigt. Angesichts der erheblichen Anstrengungen im Bereich der Abwasserbeseitigung müsse der Gemeindevorstand finanziell in die Lage versetzt werden, diese Vorhaben zu realisieren. Krause äußert die Hoffnung, daß die Gemeinde ab dem kommenden Jahr für den Bau der Abwasserbeseitigungs-Anlagen eine Landesförderung erhalten werde. Als einen enormen Vorteil bezeichnete er den Bauzeitenplan, der den Orientierungsrahmen und den „roten Faden“ darstelle.

„Schweren Herzens“ habe man sich entschlossen, diese Gebühren- und Beitragssatzung „mit zu tragen“, obwohl man auch die Belastungen für die Verbraucher gesehen habe, äußerte Bodo Schacht für die CDU-Fraktion. Er erinnerte daran, daß es in den vergangenen vier Jahren fünf Erhöhungen der Abwassergebühren von damals 60 Pfennigen auf heute 2 DM gegeben habe. Ein Ende der



**BAUSTELLEN** gibt es zur Zeit eine ganze Reihe in Malsfeld. Wie auf unserem Foto, das an der Lindenstraße entstand, werden Hauptsammler für die künftige Abwasserbeseitigung der Gemeinde verlegt. (Foto: hro)

Belastbarkeit der Bürger sei hier abzusehen. Die CDU-Fraktion nehme den Bau der Abwasseranlagen ernst und stehe auch dazu, sagte auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl Mihm. „Leichter wäre es vor der Kommunalwahl sicher gewesen, diese Erhöhungen abzulehnen“, gab er zu verstehen.

„Wir tun uns alle etwas schwer, den Bürgern dieses Weihnachtsgeschenk zu präsentieren“, meinte auch der Sprecher der FDP-Fraktion, Karl Brehm. Allerdings werde selbst in der Hessischen Gemeindeordnung darauf gedrungen, die Gebührenhaushalte ausgeglichen zu gestalten. Man müsse den Mut haben, dies auch umzusetzen. Brehm stellte den Antrag, bei Widersprüchen gegen den Kläranlagenbeitrag in Härtefällen die Billigkeitsklausel anzuwenden. Dieser Antrag

wurde vom Parlament einstimmig gebilligt.

Eine Billigkeitsklausel wurde von der SPD-Fraktion gutgeheißen. Allerdings müsse in jedem Einzelfall genau geprüft werden, ob diese Klausel anzuwenden sei. Bei Stundungen sehe man keine Probleme, hieß es.

Den Vorwurf der CDU-Fraktion, wenn man mit dem Bau der Abwasserbeseitigungs-Anlagen früher begonnen hätte, wäre es für die Gemeinde billiger geworden, wies der SPD-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Schwarzenau zurück. „Im Verhältnis hätte man genausoviel bezahlen müssen“, sagte er.

Mehrfach wurde angekündigt, daß die Abwassergebühren im Jahr 1986 vermutlich noch einmal und dann wohl auf 2,50 DM pro Kubikmeter angehoben werden sollen.